

Vorläufige Tagesordnung der 12. Sitzung des 33. Studierendenrates am 12.06.2023

Ort: Hallischer Saal
Zeit: 18:30 s.t.

- TOP 00 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Lesung der Tagesordnung (18:30)**
TOP 01 Angestelltenbelange (18:35)
TOP 02 Referent*innenbelange (18:45)
TOP 03 Berichte der Sprecher*innen (18:55)
TOP 04 Berichte aus den AKs, Studentenradio und der hastuzeit (19:05)

- | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|
| 1. <i>Hastuzeit</i> | 9. <i>AK Inklusion</i> |
| 2. <i>AK alv</i> | 10. <i>AK Uni im Kontext</i> |
| 3. <i>AK Wohnzimmer</i> | 11. <i>AK Kritischer Jurist*innen</i> |
| 4. <i>AK Zivilklausel</i> | <i>i. Antrag Awareness</i> |
| 5. <i>AK que(e)r einsteigen</i> | <i>Workshop</i> |
| 6. <i>AK Ökologie</i> | 12. <i>AK Internationales</i> |
| 7. <i>AK Studieren mit Kind</i> | 13. <i>Studierendenradio</i> |
| 8. <i>AK Protest</i> | |

- TOP 05 Anträge und Diskussion (19:20)**
- Antrag Comicprojekt „Ich dachte lange, das wär normal“
 - Antrag Hochschulmeisterschaften Boxen
 - Antrag Campus Tennis Cup
 - Semesterticket
 - Fazit zu Wahl
 - Antrag AG Psychotherapie
 - Umbenennung Anton-Wilhelm- Amo- Straße
- TOP 06 Sonstiges (20:20)**

Bericht Referat für Äußeres 12.06.2023

- Alltagsgeschäft
- Teilnahme fzs-Veranstaltung zur Mobilität
- Teilnahme Plenum #MLUnterfinanziert
- Teilnahme SPK-Sitzung
- Teilnahme Halle For Choice Sitzung
- Koordination mit Arbeitskreisen
- Statement mitverfasst (zum Deutschlandticket)
- Teilnahme SRK-Sprecher*innenrat
- Statement für Lina E. mitverfasst

Bericht Referat für Soziales für StuRa-Sitzung am 12.06.2023

- Terminfindung für einen Termin mit sozialen Institutionen der Uni angeregt
 - Antidiskriminierungsbeauftragte
 - Familienbüro
 - Person für Soziale Belange des Studentenwerks
 - Sozialsprecher*innen und Vorsitzende Sprecher*innen
- Termin mit Gabriele Luckow vom Studentenwerk im Juli um über Zukunft der BaföG-Beratung zu sprechen (mit Sozialsprecher*innen, Vorsitz und Elke voraussichtlich)
- Semesterticket-Ausschuss mit dem Studentenwerk steht wieder an

Bericht Referat Hochschulsport und Gesundheit

Sitzungsdatum: 12.06.2023

AG Periode

- Warten auf Rückmeldung
 - Update von Jan- Niklas (08.06.23): Rektorin steht dem Antrag wohl positiv entgegen, informiert sich allerdings noch bei anderen Unis über Umsetzungsmöglichkeiten

AG Psychotherapie

- Fertigstellung des Antrags
- Aussicht: potenzielle Unterstützer*innen kontaktieren

Lange Nacht der aufgeschobenen Hausarbeiten (LNdaH)

- Konkretisierung des Programms
- Planung der Bewerbung

Sonstiges

- Mails beantwortet

Bericht Vorsitz für die StuRa-Sitzung am 12.06.23

- Zwei weitere Treffen der AG Psychotherapie: Antrag liegt euch in der TO vor
- Statement „Welle der Repression brechen“ und „Für ein Maximal-19€-Ticket“ mitverfasst
- Erarbeitung Angestelltenrichtlinie
- Gespräch mit Referent für Internationales: gemeinsamer Termin mit dem International Office angedacht, dafür Kontakt mit der Ausländerbeauftragten der Uni Halle aufgenommen
- Gespräch mit dem Nachhaltigkeitsbüro (Frederik Bub): Nachhaltigkeitsbüro hat immer noch keine auf Dauer gesicherte Finanzierung, Klimaneutralität bis 2030 weiter fragwürdig, StuRa wird am Hochschulklimarat beteiligt sein, Idee für Nachhaltigkeitskommission im Senat
- **Teilnahme Vernetzungstreffen zur Aktionswoche Mittelbau WissZeitVG vom 12.-18.06.:**
 - Teilnahme an der Podiumsdiskussion am 14.06. 15:15-16:45 im Hörsaal XX, Mel
 - Buchvorstellung „Mutterschaft und Wissenschaft“ und Gespräch mit Lena Eckert 15.06. 12:00-13:00 Uhr Hörsaal F, Mel
 - Vortrag von MLUnterfinanziert zur Situation der Beschäftigten / Hochschulfinanzierung an der MLU 15.06. 16:00-17:30 Uhr SSR, Steintorcampus
- **Gespräch mit Frau Becker (Rektorin) und Herrn Funk (Kanzler):**
 - Thema nachhaltige Hochschulen -> mehr Finanzierung wäre notwendig
 - Ersti-Bags und die Bezahlung der Arbeiter*innen wird vom Rektorat beim Kulturfalter angesprochen
 - Offizieller Sprachleitfaden der Universität wird weiter erarbeitet, bisher noch keine neuen Entwicklungen
 - Regelmäßiger Gesprächstermin mit Kanzler + Rektorin mindestens 1x pro Semester
- Aus der Senatssitzung: Kostenlose Menstruationsprodukte befinden sich auf einem ganz guten Weg, Rektorat prüft es aktuell noch, Umsetzung aber möglich
- Teilnahme MLUnterfinanziert Plenum, Planung Campus Open Air
- Hochschulwahl: Beutel verteilt, zwei Aktionen des StuRa am Uniplatz und am Steintor organisiert
- Tagesgeschäft: Durchführung SPK-Sitzung, Interview Radio Corax

Tagesgeschäft:

- Diverse Anfragen per Mail bearbeitet
- Buchhaltung
- Projektabrechnungen bearbeitet
- Überweisungen getätigt
- Pflege der finanzrelevanten Beschlussdatenbanken
- Rechnungen geschrieben

Zusätzlich:

- Nachbereitung verschiedener Projekte
- Rücksprache mit verschiedenen projektantragstellenden Personen und Arbeitskreisen

Haushalt:

Projekttopf 1HJ.(offene Projekte) :

- 1.500€ Ringvorlesung Nachhaltigkeit
- 1.300€ Maltheanders "ab in den Container"
- 1.500€ BAKJ treffen
- 1.000€ Public Climate School SoSe 2023
- 900€ Schweißworkshop
- 670€ Weiterbildung nachhaltig
- 510€ Zine Workshop „sexualisierte Gewalt thematisieren“
- 1.000€ KritMed Vernetzungstreffen

(Vorgesehen: 13.000,00 € / Nach Beschlüssen: 1.890,00 € / Nach Abrechnung: **2.960,26€**)

Sporttopf (offene Projekte) :

- 12.500€ ABC Challenge
- 1.500€ Breathe in Break out
- 1.500€ Breaking in Halle
- 500€ Hochschulmeisterschaften Volleyball (in Abrechnung)
- 864,80€ adh-Open Floorball 2023
- 500€ ADH-Open Wellenreiten 2023
- 1.272€ DHM Volleyball

(Vorgesehen: 32.620,00 € / Nach Beschlüssen: 8.242,88 € / Nach Abrechnung: **11.392,96 €**)

Bericht Sprecher:innen für Soziales

- Tagesgeschäft
- 1 Sozialdarlehen
- 1 Aufstockungsdarlehen
- Video für den StuRa & Uni Account bezüglich der Wahlen
- Verteilen Beutel Uniplatz + Francke
- Getränkestand für StuRa
- 2 AG Psychotherapie- Treffen
- Halle for Choice Plenum, Transpi malen & Demo in Annaberg-Buchholz
- Orga Awareness Bronson: Ausschreiben, Honorarverträge, Einweisung

Bericht Sitzungsleitung

- Emails beantwortet
- Sitzungen vor- und nachbereitet
- Bescheinigung ausgestellt

Bericht Arbeitskreis Studieren mit Kind

Lieber StuRa,

hier kommt mal wieder ein Bericht von uns. Wir sind im stetigen Austausch mit dem Familienbüro über verschiedene Themen. Da wären zum Beispiel die Lange Nacht der Wissenschaften am 7.07., bei der wir gemeinsam mit dem Familienbüro eine Bastelstraße anbieten.

Ganz aktuell ist unser Kinderkino, das zum ersten Mal seit Corona wieder stattfindet und das wir gemeinsam mit dem Familienbüro über das Unikino anbieten. Am 17.06. zeigen wir den Film „Mein Nachbar Totoro“ um 10 Uhr im Audimax. Der Eintritt ist frei, und auch volljährige Menschen sind herzlich eingeladen. =)

Wir würden gerne mehr machen, leider lässt das unsere Personalsituation gerade nicht zu. Falls ihr also Lust habt, euch für ein wirklich familienfreundliches Studium einzusetzen (oder Menschen kennt, die darauf Lust haben), meldet euch gerne.

Liebe Grüße,
der Arbeitskreis

7. June 2023



Bericht Arbeitskreis Kritischer Jurist*innen

In einem Monat startet der BAKJ 2023! Wir planen eifrig weiter. Mittlerweile ist das Programm öffentlich (https://bakj.de/?page_id=1363)

Mit der Kampagne C.H.Beck & Co. Enteignen wollen wir zu zwei Sammelbänden beitragen („Ökozid & Vergesellschaftung“ und „Organisierte Halbbildung“). Dafür haben wir Abstracts unserer Beitragsideen eingereicht.

Wir haben neue Sprecher*innen gewählt: Jan Michel und Leon Hofmann. Wir danken Felix und Julia für ihr Engagement!

Liebe Grüße,

der AKJ

23. May 2023



Antrag für die Förderung des Awarenessworkshops mit Serafina Blaas

Lieber Stura,

wir möchten einen Awarenessworkshop in Vorbereitung auf den Bundeskongress der kritischen Jurist*innen in Halle und Leipzig veranstalten.

Wir beanschlagen dafür 500 €, weshalb wir den Stura bitten uns diesen Betrag von unserem AK-Budget freizugeben.

Weiter unten befindet sich noch das Sturaformular für Projektförderung. Falls dies ausreicht/ ein anderes Formular benötigt wird, gerne bescheid geben.

Liebe Grüße,
Felix, für den AKJ

Finanzplan:

500 € - Honorar ████████████████████

Finanzplan

Geplant ist eine Druckauflage von 100 Exemplaren, von denen ein Teil verkauft und einige an Einrichtungen und Vereine gespendet werden sollen, die sich mit dem Thema Frauenschutz, Sexualisierte Gewalt und Aufklärung dieser auseinandersetzen (wie z. B. der Landesfrauenrat, die feministische Bibliothek MONAlisA, das Dornrosa Frauenzentrum in Halle).

Einnahmen:

	Summe	Status
Eigentmittel	10	vorhanden
StuRa Burg Halle	300	bewilligt
StuRa MLU	1000	beantragt
Fachbereich Kommunikations- design Burg Halle	300	beantragt
Summe Gesamt	ca 1.610	/

Ausgaben:

Druckkosten für 100 Exemplare

ca. 1.610

Finanzplan Hochschulmeisterschaft Boxen

Einnahmen		
USZ	96,00 €	beantragt
Eigenanteil 20%	189,92 €	vorhanden
StuRA	663,68 €	beantragt
gesamt	949,60 €	

Ausgaben		
Meldegebühren	60,00 €	USZ
Startbuch	36,00 €	USZ
Übernachtungen	256,00 €	StuRa
Fahrtkosten (2 PKW)	337,60 €	StuRa
Parkkosten (3 Tage)	60,00 €	StuRa
Verpflegung	200,00 €	Eigenmittel
gesamt	949,60 €	

Finanzplan Campus Tennis Cup:

Einnahmen:

<u>Summe</u>	<u>Institution</u>	<u>Status</u>
200€	FSR MuSpoMeSpre	in Bearbeitung
150€	Unisportzentrum	beantragt
400€	Stura	beantragt
150€	Einnahmen Grillen	abzusehen
Summe	900€	

Ausgaben:

<u>Summe</u>	<u>Position</u>
200€	Bälle
350€	Verpflegung (Obst, AfG, Eis, Grillgut)
50€	Printmedien
150€	Transporter
50€	Technikkosten
100€	Pokale (optional)
Summe	900€

Für das Maximal-19-€-Ticket - Blockadehaltung aufgeben!

Nicht zuletzt aufgrund der Klimakatastrophe muss sich die Mobilität ändern. Das ist jetzt, zumindest unter dem Eindruck der Inflationskrise, endlich auch in der Politik angekommen. Das 9-Euro-Ticket war ein Beispiel für eine gute Idee, die aber viel zu schnell zu den Akten gelegt wurde. Das sogenannte „Deutschlandticket“ für 49 Euro ist dem Namen nach ein Nachfolger, aber hat mit dem sozialen Anspruch wenig zu tun. Deshalb gibt es immer mehr Städte und Bundesländer, die für bestimmte Gruppen Ermäßigungen beim Deutschlandticket anstreben und teilweise bereits umsetzen.

Auch wenn Sachsen-Anhalt leider noch nicht dazu gehört, ist das auch für uns relevant, denn der Koordinierungsrat für das Deutschlandticket, in dem im Wesentlichen Verkehrsverbünde gemeinsam mit den Verkehrsministerien und dem Bundesfinanzministerium tagen, diskutiert über die Einführung eines bundesweiten Studierendentickets. Dieses wäre wie das aktuelle Semesterticket ein Solidarmodell und würde für alle Studierenden verpflichtend zu zahlen sein, wenn die jeweilige Studierendenschaft sich in einer Ur-Abstimmung dafür entscheidet. Die Zahl von 29,40 Euro steht dabei im Raum. Aufgrund der Blockadehaltung, die vor allem von der FDP Sachsen-Anhalts und ihrer Verkehrsministerin Lydia Hüskens und der bayerischen Landesregierung ausgehen sollen, konnte der Beschluss allerdings nicht gefasst werden.

Diese grundsätzliche Ablehnung eines Solidarmodells halten wir für verantwortungslos und kritisieren sie auf das Schärfste. Natürlich haben wir auch an dem 29,40-Euro-Ticket Kritik, aber das ändert nichts an der Notwendigkeit eines vollsolidarischen Tickets für die Studierenden. Während natürlich die Studierenden in Halle das letzte Wort haben müssen, wollen wir bereits einige Bedenken zu dem Vorschlag äußern: Wir sprechen uns dabei klar für ein Ticket aus, welches maximal 19 Euro pro Monat kostet, denn es erscheint uns fraglich, ob eine weitere Erhöhung der Semesterticket-Preise auf die Höhe von 29,40 Euro im Monat sozial angemessen ist. Vielmehr droht sich die weitere Preiserhöhung, die wir vom Semesterticket kennen, fortzusetzen. Natürlich ist das MDV-Semesterticket eine gute Sache und wurde auch zurecht im Jahr 2018 mit gut 90%iger Zustimmung angenommen, aber das ändert nichts an den Defizit, die in immer höheren Studienkosten genauso bestehen wie in der fehlenden Erweiterung des Tickets auf den Norden und die fehlende Flexibilität in Zeiten geringerer Nutzung, wie z.B. der Corona-Krise.

Dabei wollen wir wie oben gesagt das vollsolidarische Modell nicht in Frage stellen: Es ist richtig, dass alle für etwas zahlen, was ihren Kommiliton*innen so viel nützt wie der dauerhafte Zugang zum ÖPNV – eine Alternative ist für uns schlicht nicht denkbar. Aber es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Studierenden gemolken werden. Und das werden sie: Wir sind die einzige Gruppe, die trotz solidarischer Zahlung eines festen Beitrages das Ticket selbst tragen soll, während alle anderen das 49-Euro-Ticket auf freiwilliger Basis erhalten. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass Studierende allerdings eine besonders armutsgefährdete Gruppe sind und nicht mehr, sondern weniger Geld haben als der Durchschnitt. Wir zweifeln nicht am vollsolidarischen Semesterticket – aber es muss mit der Zeit gehen. Das heißt konkret: Wer weiterhin unsere Beiträge will, muss sie deutlich senken – gerade in Zeiten des Deutschlandtickets.

Die aktuellen Verhandlungen zur Einführung eines bundesweiten Semestertickets lassen sich eigentlich nur als Farce bezeichnen. Die jetzt bekannt gewordene Blockade von CSU und FDP aus mutmaßlich parteitaktischen Motiven verstärkt den Eindruck noch. Dabei steckt der Fehler schon in der Genese: Eigentlich gehören zu einer Verhandlung immer zwei Parteien - im konkreten Fall hier also die Verkehrsminister*innen und der Verkehrsverbände auf der einen, sowie die Studierendenschaften auf der anderen Seite. Bisher sitzen die Studierendenschaften oder die sie vertretenden Organisationen jedoch gar nicht mit am Tisch. Das muss sich sofort ändern! Nur so lässt sich auch erklären, dass der aktuelle Vorschlag für das Semesterticket mit einem viel zu hohen Preis einhergeht:

Aus unserer Sicht ist ein Preis von 29,40€ für ein bundesweites Semesterticket nicht akzeptabel. Dieser Preis entspricht auf das gesamte Semester hochgerechnet etwa 176€ und würde damit, wie auch schon beim aktuellen Semesterticket, einen großen Teil des Semesterbeitrags ausmachen. Das ist besonders vor dem Hintergrund, dass aktuell etwa 37% der Studierenden unterhalb der Armutsschwelle leben, eine viel zu hohe Belastung. Wir fordern deshalb ein bundesweites 19€-Ticket für Studierende. Dieser Preis wird mittlerweile in einigen deutschen Städten schon mit Sozialrabatt angeboten und sollte auch für Studierende gelten, da diese selbst häufig über geringen finanziellen Handlungsspielraum verfügen. Für das gesamte Semester würde dieser Ticketpreis gegenüber der aktuell im Raum stehenden Forderung eine Entlastung von etwas über 60€ bedeuten, das wäre für viele Studierende eine spürbare Verbesserung.

Wird diese Forderung umgesetzt, so erfüllt das neue Semesterticket sogar zwei zentrale Funktionen: Zum einen ist natürlich die Erweiterung vom MDV-Gebiet auf den ÖPNV in ganz Deutschland eine große Verbesserung der Mobilität der Studierenden. Mit der gleichzeitigen Preisfestlegung auf 19€ wäre das Ticket aber nicht nur eine verkehrspolitische Errungenschaft, sondern auch eine effektive sozialpolitische Maßnahme. Das Ticket würde so also nicht nur einen Beitrag zur stärkeren Nutzung des ÖPNV und damit zu weniger CO₂-Emissionen leisten, sondern könnte auch die prekäre finanzielle Lage von Studierenden zumindest in Teilen verbessern.

Unsere Position bleibt also klar: Grundsätzlich unterstützen wir natürlich die Bemühungen nach einem bundesweiten Semesterticket, kritisieren neoliberale Blockadeversuche und sehen die aktuellen Entwicklungen als einen Schritt in die richtige Richtung. Wir fordern deshalb dringend, dass der Koordinierungsrat zum Deutschlandticket endlich mit Ergebnissen aufwarten kann! Aber es bleibt klar: mehr als 19€ im Monat bedeuten keinen echten Fortschritt - besonders wenn die prekäre finanzielle Lage vieler Studierende betrachtet wird.

Alternative Aktionsideen:

- Mögliche Arbeitsgruppe für weitere Aktionen
- Kampagne des StuRa -> verschiedene Posts, die auf das Thema aufmerksam machen, Plakate, E-Mail?
- Statement an alle relevanten Akteur*innen verschicken: HAVAG, MDV, Politik (Verkehrsministerin, Verkehrspolitische Sprecher*innen)
- Enger Kontakt zum fzs, weil der fzs in dieser Debatte zentral ist (z.B. Mobilitätsgipfel 30.06.)

- Kontaktaufnahme zur Lokalpresse
- Mögliche Kampagne des fzs unterstützen
- Überregionale Vernetzung über SRK

Gliederungsidee Neufassung:

Kurzfassung

Warum ist eine verstärkte psychologische Versorgung an der MLU notwendig?

Studierende sind aufgrund ihrer Lebensrealität, insbesondere zu Beginn des Studiums, stark von psychischen Belastungen betroffen. Neben dem neuen sozialen Umfeld, hoher Eigenverantwortung, Leistungsdruck und finanziellen Unsicherheiten führen diverse Faktoren dazu, dass Studierende eine deutlich erhöhte Prävalenz für psychische Beeinträchtigungen aufweisen. Im Vergleich zu Erwerbspersonen zeigen Studierende knapp doppelt so hohe Behandlungsraten durch Psychotherapeut*innen auf.¹

Insbesondere die Semester während der Corona-Pandemie stellten eine außergewöhnliche Herausforderung unter unzumutbaren Bedingungen dar. Laut einer umfassenden Studie der Universität Hildesheim aus dem Jahr 2021 fühlen sich knapp zwei Drittel der Studierenden in Deutschland durch die Pandemie psychisch belastet und leiden an seelischen Beschwerden². Die Nachfolgestudie aus 2022 macht deutlich, dass die psychische Belastung auch nach Rückkehr in den Präsenzbetrieb weiterhin hoch bleibt und vor allem die finanziellen Unsicherheiten aufgrund der steigenden Preise zu immer stärkeren psychischen Belastungen führen.³

An der MLU wurde im Jahr 2021 eine Umfrage durch das studentische Gesundheitsmanagement durchgeführt, die unter anderem Daten zum psychischen Wohlbefinden und der mentalen Gesundheit sammelte. An der Umfrage nahmen mehr als 2000 Studierende aus allen Fachsemestern teil. Die Ergebnisse zeigten, dass mehr als die Hälfte aller Befragten unter Konzentrationsproblemen litten, schnell müde wurden und sich die tägliche Belastung durch ihr Studium negativ auf das psychische Wohlbefinden abzeichnete. Weit über ein Drittel gab zudem an, sich durch das Studium ausgebrannt zu fühlen.⁴ All diese Faktoren können zu schlechteren Leistungen, einer längeren Studienzzeit oder gar Studienabbrüchen führen.

Diesem Missstand steht ein unzureichendes Angebot von Psychotherapieplätzen gegenüber. Viele Studierende haben nicht die Möglichkeit, einen Therapieplatz zu erhalten, obwohl eine Behandlung zwingend notwendig wäre. Die Wartezeit für einen Therapieplatz beträgt im Versorgungsgebiet Halle (Saale) durchschnittlich zwischen sechs und acht Monaten. Auch die Hochschulambulanz (HSA) der Universität führt eine Warteliste mit über 100 Patient*innen. Diese Diskrepanz verdeutlicht den akuten Notstand sowie den dringenden Bedarf für ein psychotherapeutisches Behandlungsangebot an der MLU.

¹ Eissler, C., Sailer, M., Walter, S. (2020). Psychische Gesundheit und Belastung bei Studierenden. *Prävention und Gesundheitsförderung*, 15, 242–249. <https://doi.org/10.1007/s11553-019-00746-z>

² Besa, Kris & Kochskämper, Dorothee & Lips, Anna & Schröer, Wolfgang & Thomas, Severine. (2021). *Stu. diCo II – Die Corona Pandemie aus der Perspektive von Studierenden*, 10, 18442/194.

³ Besa, Kris & Kochskämper, Dorothee & Lips, Anna & Schröer, Wolfgang & Thomas, Severine. (2022). *Stu diCo III - Hochschulzukunft gestalten – aus den (digitalen) Corona-Semestern lernen*, 10, 18442/219.

⁴ <https://www.sgm.uni-halle.de/sgm-analyse/>

Wie kann der Vorschlag umgesetzt werden?

Wir schlagen vor, zwei approbierte Psychotherapeut:innen an der Universität anzustellen. Diese sollen exklusiv für Studierende der MLU zuständig sein und so dafür sorgen, dass Personen mit akuten psychischen Problemen schnell und unbürokratisch geholfen wird. Aufgrund der Anzahl der betroffenen Personen, sollen die Therapeut:innen keine vollständigen, sondern Kurzzeittherapien von 10-15 Sitzungen anbieten. So ist gewährleistet, dass möglichst viele Studierende das Angebot wahrnehmen können. In vielen Fällen reicht diese Anzahl der Sitzungen zudem aus, um das Wohlbefinden der Patient:innen spürbar zu verbessern. Bei tiefliegenden Beschwerden hilft es den Studierenden zudem, dank einer ersten Diagnose besser einen passenden Platz für eine weiterführende Therapie zu finden. Des Weiteren können Gruppentherapien angeboten werden, die unter anderem zur Eindämmung von sozialen Ängsten oder des Burn-Out-Syndroms eingesetzt werden.

Damit sie die Psychotherapeut:innen voll auf die Sitzungen mit den Studierenden konzentrieren können, schlagen wir zudem vor, eine studentische Hilfskraft anzustellen, die sich um administrative Aufgaben kümmert. Diese Hilfskraft bekommt so einen ersten Einblick in die Arbeit von Therapeut:innen und hilft dabei, dass diese effizienter arbeiten können.

Welche konkreten Bedarfe soll die neue psychologische Versorgung abdecken?

Die psychosozialen Beratungsangebote der unterschiedlichen Stellen der Universität wie beispielsweise der Wohlfühl-Camps bieten nur eine erste Orientierung bei möglichen psychischen Beschwerden. Sie können Studierenden erste Hilfestellungen mit an die Hand geben und sie bei der Ergreifung nächster Schritte beraten. Eine Behandlung psychisch kranker Studierender stellt diese jedoch in keinem Fall dar und kann diese auch nicht ersetzen.

Der hier formulierte Vorschlag soll sich zwischen den psychosozialen Beratungsstellen und der Therapie bei niedergelassenen Psychotherapeut:innen verorten. Die zwei approbierten Psychotherapeut:innen können Studierenden eine erste kurzzeitige Behandlung von Studierenden mit psychischen Erkrankungen ermöglichen. Innerhalb dieser Kurzzeittherapie kann es beispielsweise schon zu einer ersten Diagnostik kommen, welche eine adäquate Behandlung möglich macht und auch die Überweisung an niedergelassene Psychotherapeut:innen vereinfacht.

Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden, dass die vorgeschlagenen zwei approbierten Psychotherapeut:innen nicht die vollständige Therapie bei niedergelassenen Therapeut:innen ersetzen können.

Welche Vorteile hätte die Umsetzung für Studierende und die Universität als Ganzes?

Die vorgeschlagene Anstellung von zwei approbierten Psychotherapeut:innen können Teil eines umfassenderen Konzepts zum Umgang mit der eingangs beschriebenen psychischen Situation Studierender sein. Zusätzlich zu der Hilfe für Einzelpersonen, kann durch ein

universitäres psychologisches Angebot auch das gesellschaftliche Stigma um psychische Erkrankungen und Psychotherapie weiter abgebaut werden.

Ein immenser Vorteil ist zudem, dass die durch das Projekt angebotene Psychotherapie nicht in die Krankenakte aufgenommen wird, da sie nicht von der Krankenkasse abgerechnet werden muss und somit beispielsweise kein Nachteil für den Eintritt in den Beam:innendienst entsteht.

Für die Universität könnte das Modellprojekt zudem (über)regionale Aufmerksamkeit bedeuten und zukunftsweisend für andere Universitäten in Sachsen-Anhalt oder auch in ganz Deutschland sein. Der Studienstandort Halle würde durch dieses deutschlandweit einzigartige Projekt deutlich aufgewertet. Uns ist derzeit kein anderes derartiges Projekt an einer deutschen Universität bekannt. Der Vorschlag würde demnach ein Alleinstellungsmerkmal für den Studienstandort Halle darstellen.

Fassung 2022:

Antrag für eine bessere psychologische Versorgung der Studierenden an der MLU

Knapp zwei Drittel der Studierenden in Deutschland fühlen sich in der Corona Pandemie psychisch belastet. Das belegt die Studie „Stu.di.Co II“ der Universität Hildesheim aus dem Jahr 2021. Die Studie zeigt einen besorgniserregenden Trend. Nach der ersten Welle im Jahr 2020 fühlten sich „nur“ knapp über die Hälfte der Studierenden psychisch belastet. Dies traf auf die bereits vorher bestehende Situation, dass aufgrund der hohen Prävalenzen psychischen Störungen (jede*r fünfte Studierende ist klinisch betroffen) und erhöhten Vulnerabilitätsfaktoren bei Studierenden (bspw. neues soziales Umfeld, erstmalig hohe Eigenverantwortung, hoher Leistungsdruck, finanzielle Unsicherheit) bereits vor Corona ein hoher Prozentsatz an Studierenden betroffen war. Dies spiegelt sich auch in einer erhöhten Suizidrate sowie verminderten Lebensqualität unter Studierenden im Vergleich zu gleichaltrigen Berufstätigen wider. Ferner erleben Studierende mit psychischen Erkrankungen massive Beeinträchtigungen Ihrer Studierfähigkeit, was sich in schlechteren Leistungen, Verzögerungen und auch Studienabbrüchen niederschlägt. Jedoch sind insbesondere ambulante Therapieplätze nahezu nicht zu finden, bzw. im Regelfall mit langen Wartezeiten verbunden. Behandlungen in einem frühen Krankheitsstadium, welche chronische Verläufe noch abfedern können, sind so nur schwer möglich.

Selbstverständlich sind auch die Studierenden der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg von diesen Problemen stark betroffen. Die bestehenden psychosozialen Angebote der Universität bieten insbesondere für subklinische, kurzfristige Anliegen bereits eine Anlaufstelle, jedoch fehlt es an der Stelle wo es am Nötigsten ist: Bei stark psychisch

beeinträchtigten Studierenden welche nah an der Schwelle zu einer manifesten psychischen Störung stehen bzw. diese bereits überschritten haben.

Vor diesem Hintergrund wünschen wir uns eine Stärkung der Aufklärung und eine schnelle, verfügbare und adäquate Behandlung psychischer Störungen Studierender. Um die Studierenden möglichst gut bezüglich dieses häufig noch sehr stigmatisierten Gesundheitsbereichs zu erreichen, sollte ein solches Angebot möglichst nah im Studienalltag integriert sein und durch eine hohe fachliche Expertise bereitgestellt werden. Aus diesem Grund schlagen wir eine Realisierung im Rahmen eines Modellprojekts an der Universität Halle vor. Durch die Finanzierung einer spezialisierten Fachkraft sollen exklusive psychotherapeutische Behandlungsangebote für Studierende bereitgestellt werden, um durch unterschiedliche Ansätze für das Thema mentale Gesundheit und psychische Erkrankungen zu sensibilisieren, aufzuklären und bei Bedarf umgehend eine notwendige Behandlung zu ermöglichen.

Durch niedrigschwellige, multimediale Informationsangebote sollen vorhandene Wissenslücken (Psychoedukation, Anlaufstellen, Rechte etc.) geschlossen, Ängste abgebaut und die Akzeptanz erhöht werden. Ferner sollen psychisch erkrankte Studierende zeitnah die Möglichkeit einer einzel- oder gruppenpsychotherapeutischen Behandlung spezifisch für Studierende erhalten. Eine bedarfsspezifische Bereitstellung von Präventionsangeboten und eine aktive Förderung der Selbsthilfe würde zudem das Gesundheitsverständnis der Studierenden fördern und Krankheiten vorbeugen. Durch eine enge Zusammenarbeit mit hochschulinternen Angeboten (bspw. Wohlfühlcampus) und einer starken Vernetzung zu externen Kooperationspartner*innen kann dieses Modellprojekt als ganzheitliche Strategie zur Adressierung der psychischen Belastung Studierender der Universität Halle gesehen werden.

Ein solch hochspezialisiertes Behandlungsangebot wäre bestmöglich in der Lage, die Studierenden zu erreichen und ihre spezifischen Bedarfe abzudecken. Mittel- und langfristig führt dies zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands sowie der generellen Zufriedenheit Studierender, was sich auch in besseren Leistungen sowie geringeren Verzögerungen im Studium (und somit statistisch zu einer kürzeren Studiendauer) niederschlagen wird. Der durch das Modellprojekt geförderte Austausch in homogenen Gruppen führt gleichzeitig zu einer stärkeren Vernetzung und Sichtbarkeit untereinander und somit nachhaltig zu einer zunehmenden Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen und eines verbesserten Gesundheitsbewusstseins. Die exklusive Bereitstellung von Therapieangeboten hätte noch einen weiteren entscheidenden Vorteil: Dadurch das nun keine Abrechnung mit den Krankenkassen erfolgen muss und somit auch keine sensiblen Daten weitergeleitet werden, müssen Studierende keine etwaigen negativen Konsequenzen, z.B. bezüglich einer späteren Verbeamtung riskieren. Denn noch immer gelten psychische Erkrankungen als Risikofaktoren für eine mögliche Verbeamtung, was oftmals bspw. Lehramtsstudierende davon abhält, sich notwendige psychotherapeutische Hilfe zu holen.

Dieses Modellprojekt könnte darüber hinaus auch als ein Aushängeschild für die Martin-Luther-Universität Halle dienen. Diese Strategie zur ganzheitlichen Verbesserung der psychischen Gesundheit Studierender würde (über)regional große Aufmerksamkeit erlangen und hoffentlich zukunftsweisend sein.

Wir haben bereits Kontakt zu Prof. Dr. Dr. Redlich aufgenommen, da uns dieser als engagierten Hochschullehrer und Psychotherapieexperte empfohlen wurde. Prof. Redlich zeigte sich begeistert von dieser Idee, hielt diese für theoretisch umsetzbar und meldete zurück, dass die Realisierung eines solchen Projekts in der hochschulinternen, psychotherapeutischen Ambulanz möglich sei, jedoch aufgrund der Fallzahlbegrenzung der HSA durch den VDEK vermutlich ein zusätzlicher Stellenanteil je nach Ausdehnung des Modellprojektes notwendig wäre.

Wir sind der Meinung, dass z.B. eine halbe Stelle an der Hochschulambulanz für die mögliche Nachfrage nicht ausreichen würde. Um diese These mit Zahlen untermauern zu können schlagen wir vor, unseren Antrag im Rahmen eines Modellprojekts über drei Jahre zu verwirklichen, welches wissenschaftlich begleitet und anschließend auf Ihre Effektivität und Wirkung überprüft werden sollte. An diese Modellphase sollte sich eine Konsolidierung anschließen. In dieser soll geklärt werden, ob das bisherige Handeln ausreichend war, oder ob weitere Investitionen nötig wären.

Daher bitten wir um eine Unterstützung dieser Idee, welche voraussichtlich für ein (kleines) Modellprojekt mit einer halben Stelle für eine approbierte Fachkraft, umsetzbar wäre. Wir glauben fest an diese Idee, und sind überzeugt, dass dieser progressive Schritt die Uni attraktiver machen würde und die Gesundheit der Studierenden endlich in den Mittelpunkt stellt

Studienlage:

In Sachsen-Anhalt vergehen im Schnitt fast sechs Wochen, bevor eine hilfsbedürftige Person ein Erstgespräch bekommt. (2018) Sachsen-Anhalt liegt damit etwa im Bundesschnitt. Bis die eigentliche Therapie beginnt, vergeht demnach deutlich mehr Zeit. Aktuellere Zahlen auf Landesebene liegen derzeit nicht vor. Wie lange die Patientinnen und

Patienten auf ein Erstgespräch warten müssen, kann nur durch Studien erhoben und nicht anhand von Gesundheitsdaten ermittelt werden.

Eine [Recherche von rbb24](#) hatte im Frühjahr gezeigt, dass es in Deutschland noch einmal 18 Wochen im Median dauert, bis nach einem Erstgespräch regelmäßige Sitzungen beginnen. Auf dem Land dauere es zudem deutlich länger als in der Stadt.

https://www.bptk.de/wp-content/uploads/2019/01/20180411_bptk_studie_wartezeiten_2018.pdf

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2022/05/wartezeiten-psychotherapie-laenger-als-an-gaben-krankenkassen.html>

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/psychotherapie-versorgung-wartezeit-sachsen-anhalt-100.html#:~:text=Mehrere%20Monate%20Wartezeit%20bis%20zur,hilfsbed%C3%BCrftige%20Person%20ein%20Erstgespr%C3%A4ch%20bekommt.>

Die Frage 'Gibt es genügend Psychotherapeuten' kann man aus Patientensicht natürlich ganz klar mit 'Nein' beantworten.

Antje Orgass Ostdeutsche Psychotherapeutenkammer

Zusammenfassung

Hintergrund. Die Studienzeit ist eine Phase, in der die jungen Erwachsenen mit spezifischen Anforderungen konfrontiert werden. Studierende der Medizin gelten als besonders psychisch belastet. Untersuchungen, in denen sie diesbezüglich mit Studienfächern der gleichen Branche verglichen werden, sind jedoch rar.

Fragestellung. Ziel der Untersuchung

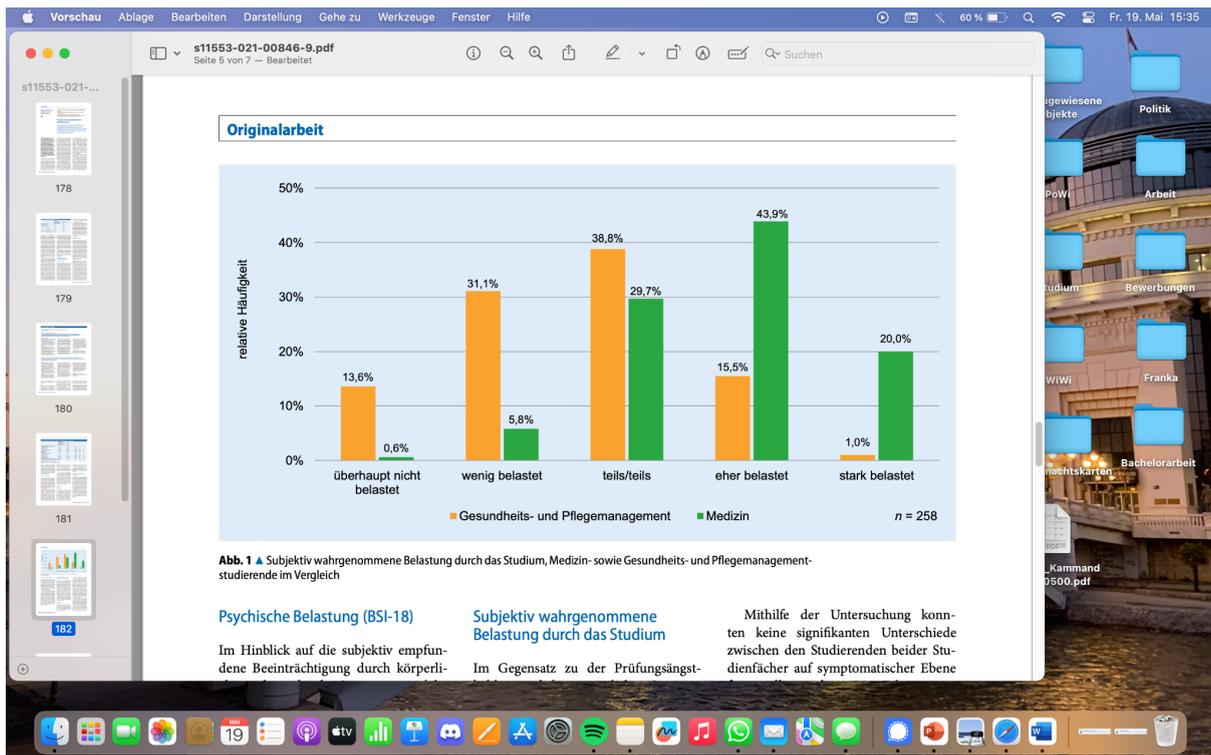
war es, die psychische Gesundheit von Medizinstudierenden sowie von Gesundheits- und Pflegemanagementstudierenden zu untersuchen und zu vergleichen.

Material und Methoden. Untersucht wurden Studierende der Studiengänge Gesundheits- sowie Pflegemanagement (WHZ) und Medizinstudierende der (TU Dresden). Verschiedene Aspekte psychischer Gesundheit

wurden mithilfe eines Online-Fragebogens erhoben. Dieser beinhaltete die Instrumente zur Erfassung der Prüfungsängstlichkeit (TAI- G-Kurzskala) und psychischen Belastung (BSI-18), sowie ein Item zur Ermittlung der subjektiv wahrgenommenen Studienbelastung. 258 Studierende nahmen an der Befragung teil.

Ergebnisse. Es konnten keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich des Gesamtscores der Prüfungsängstlichkeit und der psychischen Belastung zwischen den Studierenden beider Studienfächer festgestellt werden. Dahingegen gaben Medizinstudierende an, dass sie im Vergleich zu Studierenden der anderen beiden Studienfächer eine signifikant höhere Studienbelastung wahrnehmen.

Schlussfolgerung. Die ermittelten Gesamtscores lagen teilweise über den Werten in vergleichbaren Studien. Die Studierenden sollten bereits präventiv unterstützt werden, um eigene Bewältigungsstrategien zu entwickeln. Nicht nur die Bereitstellung von Hilfen ist notwendig, sondern vielmehr das aktive Eingreifen mithilfe von gesundheitsfördernden Maßnahmen durch die Institution Hochschule, in die die Studierenden frühzeitig integriert werden sollten.



Psychische Gesundheit von Studierenden, Ein Vergleich zwischen Gesundheits- und Pflegemanagementstudierenden der Westsächsischen Hochschule Zwickau (WHZ) und Medizinstudierenden der Technischen Universität (TU) Dresden. Caroline Koinzer · Kathleen Hirsch · Ernst Peter Richter · Hendrik Berth. <https://doi.org/10.1007/s11553-021-00846-9>

<https://www.studentenwerke.de/de/content/studium-und-psychische-probleme> (1999)

SGM Fact Sheet (Uni spezifische Studienlage)



SGM-ANALYSE (FACT-SHEET)

SOZIODEMOGRAFISCHE DATEN

- Analysezeitraum: 15.06 – 13.08.2021
- 2.106 Fragebögen $\hat{=}$ 10,7 %
- Größtenteils Studierende zwischen 18-25 Jahren (77,8 %)
- Alle Fachsemester haben sich daran beteiligt



ALLGEMEINES BEFINDEN & GESUNDHEIT

Der Gesundheitszustand in den letzten 2 Vorlesungsmonaten war...

- ... eher nicht beeinträchtigt (=38,5 %)
- ... teilweise beeinträchtigt (=31,8 %)
- ...eher bis stark beeinträchtigt (=29,7 %)

- 57,6 % hatten Konzentrationsprobleme
- 57,7 % fühlten sich in ihrer Aktivität gehemmt
- 54,8 % wurden schnell müde
- 54,1 % empfanden es als Belastung jeden Tag etwas für ihr Studium zu tun
- 45,15 % hatten Beschwerden in Schultern, Nacken und Armen
- 43,9 % fühlten sich durch ihr Studium ausgebrannt.
- 38,8 % mussten sich zu jeder Tätigkeit zwingen
- 37,5 % fiel es schwer etwas zu genießen

DIE KLEINSTEN HANDLUNGSBEDARFE

Die **5 geringsten Handlungsbedarfe** lauten:

- Unterstützung bei der Abschlussarbeit (MW = 3,77)
- Qualität der Zusammenarbeit (MW = 3,68)
- Aufgabenbezogene Unterstützung durch Lehrende (MW = 3,54)
- Studienorientierung der Lehrenden (MW = 3,51)
- Informationen und Orientierung durch Lehrende (MW = 3,48)



DIE GRÖSSTEN HANDLUNGSBEDARFE

Die **6 größten Handlungsbedarfe** lauten:

- Überfachliche Kompetenzen (MW = 2,75)
- Berufliche Perspektive (MW = 2,77)
- Kultur an der MLU (MW = 2,78)
- Zeitliche Anforderungen (MW = 2,82)
- Studienbedingungen (MW = 2,89)
- Letztes Studienjahr (MW = 2,9)

Es braucht endlich eine Anton-Wilhelm-Amo-Straße!

Anton Wilhelm Amo, geboren um das Jahr 1700 in Axim im heutigen Ghana, gilt bis heute als erster afrodeutscher Akademiker. Obwohl seine Biographie eng mit den damaligen Universitäten in Halle und Wittenberg verbunden ist und auch die Martin-Luther-Universität selbst mit einem Anton-Wilhelm-Amo-Preis und den Amo-Lectures das Gedenken an den Intellektuellen fortführt, ist er im halleschen Stadtbild und in den Köpfen vieler Bürger*innen bisher kaum präsent - trotz aller Errungenschaften. Deshalb fordert der Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg die Umbenennung des Universitätsrings zwischen der Straße Unterberg und der Kreuzung Harz/Weidenplan in Anton-Wilhelm-Amo-Straße.

Der Bezug zur Stadt und der hiesigen Universität kann nicht deutlicher sein: Anton Wilhelm Amo begann 1727 an der juristischen und philosophischen Fakultät in Halle zu studieren und beschäftigte sich in seiner Disputation "*De iure Maurorum in Europa*" mit der Rechtsstellung schwarzer Menschen auf dem europäischen Kontinent. Seine Dissertation "Über die Empfindungslosigkeit des menschlichen Geistes", die er in Wittenberg ablegte, beschäftigte sich dann mit dem Verhältnis von Leib und Seele als zentraler philosophischer Frage. Anschließend lehrte er in Halle und Jena, bevor sich die weitere Rekonstruktion seines Lebensweges schwierig gestaltet. Vermutlich verließ er Deutschland nach rassistischen Anfeindungen in Richtung Westafrika.

Die Bedeutung von Anton Wilhelm Amo für die Stadt Halle hat bereits das Rektorat der Martin-Luther-Universität im Jahr 2021 verdeutlicht, indem es Amo als Namensvorschlag auf die Liste der Stadt zur Benennung von Bauwerken, Straßen, Wegen oder Plätzen ins Spiel brachte. Etwa vier Jahre später trägt jedoch weiterhin kein Ort in der Stadt den Namen Anton Wilhelm Amos. Dementsprechend unterstützt der Studierendenrat den Vorschlag zur Umbenennung eines Teils des Universitätsrings und fordert die demokratischen Stadtratsfraktionen auf, diese Idee mit einem entsprechenden Beschluss Realität werden zu lassen. Natürlich reicht eine Straßenumbenennung nicht aus, um das Gedenken an Amo lebendig zu halten und auf die historische wie auch aktuelle Marginalisierung afrodeutscher Personen hinzuweisen. Sie kann aber ein wichtiges Zeichen dafür sein, die Gleichheit aller Menschen gegen Diskriminierungen jeder Art zu verteidigen und die philosophischen Leistungen Amos angemessen zu würdigen.